

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/194

8. Oktober 1976

Unfreiwillig nach Bonn

Zur Entscheidung des CDU-Vorsitzenden, sein Mainzer
Regierungsamt aufzugeben

Von Wilhelm Dröschner
Bundesschatzmeister und Landesvorsitzener der SPD
Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Kein Grund zur Resignation

Zum Ausgang der Bundestagswahl in Bayern

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesjustizminister, SPD-Landesvorsitzender in Bayern
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Eine Ermutigung für die SPD

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein und seine
Folgen

Von Klaus Matthiesen MdL
Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-
Holstein und Mitglied des SPD-Vorstandes

Seite 5 und 6 / 63 Zeilen

Der Amtschimmel vor dem Eigenheim

Bürokratische Hürden im Baugenehmigungsverfahren müssen
beseitigt werden

Von Karl Ravens MdB
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Seite 7 und 8 / 48 Zeilen

Neuere neue Rufnummer ab
15. Oktober 1976:

21 90 38/39

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 408
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 39
Telefax: 09 06 946-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 68 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Unfreiwillig nach Bonn

Zur Entschädigung des CDU-Vorsitzenden, sein Mainzer Regierungsamt aufzugeben

Von Wilhelm Dröcher

Bundesschatzmeister und Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz

"Zwang, nicht Drang", so überschrieb der Chefredakteur der "Mainzer Allgemeinen Zeitung" seinen Kommentar zur Entscheidung des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl, sein Amt als Ministerpräsident in Mainz doch aufzugeben und als Oppositionsführer nach Bonn zu gehen. In der Tat: Kein verlegenes Lächeln und auch keine Dementis können darüber hinwegtäuschen, daß Kohl seine Entscheidung nicht freiwillig getroffen hat, sondern unter massivem äußeren Druck. Mit anderen Worten: Der ehem. CDU-Kanzlerkandidat geht unfreiwillig und ungern nach Bonn.

Noch bis Mitte dieser Woche gab es niemanden außerhalb der parlamentarischen Opposition in Mainz, der daran geglaubt hätte, daß Kohl nach Bonn gehen würde. Von dem Augenblick an, da am Wahlabend Hochrechnungen und schließlich Mandatzahlen erkennen ließen, daß Kohl nur "Platz", aber nicht "Sieg", wie er immer wieder das Ziel der absoluten Mehrheit umrissen hatte, erreichen konnte, vertraten engste politische Vertraute des Ministerpräsidenten, darunter wichtige Kabinettsmitglieder, die Auffassung, daß Kohl in Mainz bleiben werde. Daß diesen Meinungen konkrete Beratungen vorausgegangen sein mußten für den Fall, daß die absolute Mehrheit verfehlt würde, war daran zu erkennen, daß diese Vertrauten allesamt zu wissen vorgaben, in welcher Weise Kohl von Mainz, von der Bundesratsbank und schließlich vom Konrad-Adenauer-Haus aus auch weiterhin Anwärter auf das Kanzleramt bleiben wollte. Selbst das ihm am 1. November turnusgemäß zufallende Amt des Präsidenten des Bundesrates spielte dabei eine gewichtige Rolle.

In andere Richtung gingen die Überlegungen erst von dem Augenblick an, da die harte Kritik des CSU-Vorsitzenden an den "Nordlichtern" in der Union bekannt wurde, verbunden mit der Drohung, die Fraktionsgemeinschaft nicht mehr zu erneuern und auch die Pläne für eine bundesweite CSU erneut zu verfolgen. Hinzu kamen auch fraglos viele Stellungnahmen von der im Wahlkampf gerühmten Basis, die zutiefst darüber enttäuscht sein mußte, daß der Mann,

der Kanzler werden wollte, nun plötzlich nicht einmal mehr das Amt des parlamentarischen Gegenspielers des erfolgreichen Bundeskanzlers sein mochte, sondern lieber Kandidat im Dauerwartestand und Regierungschef in der Provinz bleiben wollte.

Daß es zu diesem Zick-Zack-Kurs und damit zu einem schlechten Bonner Einstand für Helmut Kohl gekommen ist, hat er sich selbst zuzuschreiben. Denn er hatte jede Antwort auf die immer wieder von der Opposition in Mainz gestellte Frage verweigert, was er nach der Wahl zu tun gedenke. Er versagte die Antwort dazu, ob er dem Bundestags- oder Landtagsmandat und ob er Bonn oder Mainz den Vorzug geben würde, falls er keine Mehrheit für das Regierungsamt in Bonn erreichte. Dr. Kohl wies alle Fragen mit der an ihm geübten Überheblichkeit von sich. Deshalb kam es, wie es kommen mußte. Nachdem er das Wahlziel verfehlte, mußte er sich unter Zwang entscheiden und dabei seine tatsächliche Schwäche und Unsicherheit, vor allem aber seine Abhängigkeit von der CSU offenbaren.

Der Weggang Kohls ist für die Mainzer CDU ein schwerer Verlust. Nicht so für das Land, wo er seit 18 Monaten nicht mehr regiert, sondern Bonner Parteipolitik gemacht hat. Niemand wird bestreiten, daß er innerhalb der Union in Rheinland-Pfalz und überhaupt in der Landespolitik seit mehr als einem Jahrzehnt, also schon vor der Übernahme des Regierungsamtes, eine dominierende Figur war; aber die tatsächliche Einwirkung in die praktische Landespolitik ging in den letzten Jahren immer mehr zurück, weil er alles im Ziel der Kanzlerschaft in Bonn unterordnete. Und das, was landespolitisch noch geschah - vor allem das politische Schaugeschäft war stets recht lebhaft -, betrieb er ebenfalls aus bundespolitischen und Profilierungsüberlegungen heraus. Ob er in den rauheren politischen Gefilden der Bundeshauptstadt, ob er im Alltag des Bundestages bestehen wird, ob er sich vor allem in der eigenen Fraktion durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Hier hat er weder eine politisch homogene, auf ihn allein eingeschworene Leibgarde wie in Mainz, die auf vielerlei Weise dotiert werden konnte. Hier wird er nicht der autoritäre Alleinherrscher bleiben können.

Es könnte leicht sein, daß der bunte Luftballon des Wahlkampf-Kohl nur durch Strauß'sche Schnabelhiebe oder Fußtritte Luft verliert und für leicht befunden wird! Solche Fragezeichen werden nicht nur seine politischen Gegner setzen.

(-/8. 10. 1976/va/pr/ea)

+ + +

Kein Grund zur Resignation

Zum Ausgang der Bundestagswahl in Bayern

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB
Bundesjustizminister, SPD-Landesvorsitzender in Bayern
und Mitglied des SPD-Präsidiums

Der Landesvorstand der bayerischen SPD hat sich in einer gründlichen Diskussion mit dem Ergebnis der Bundestagswahl beschäftigt. Dabei hat er zunächst mit Genugtuung festgestellt, daß die Bundestagswahl Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Amt bestätigt hat. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl hat das von ihm selbst gesteckte Ziel nicht erreicht. Die sozialliberale Koalition kann ihre Arbeit im nächsten Deutschen Bundestag mit einer knappen, aber ausreichenden Mehrheit fortsetzen. CDU und CSU bleiben nach dem Willen der Wähler in der Opposition.

Im Gegensatz dazu kann das bayerische Ergebnis in keiner Weise befriedigen. Mit 33,7 vH der Erststimmen und 32,8 vH der Zweitstimmen liegt es deutlich hinter den Erwartungen der bayerischen SPD. Zwar hat sich der Stimmenanteil der SPD gegenüber den Landtagswahlen um 2,6 vH verbessert, die Partei ist jedoch um 1,8 vH hinter den Ergebnissen von 1969 zurückgeblieben und weist mit einem Rückgang der Erststimmen um 5,7 vH und einem solchen der Zweitstimmen um 5,0 vH die höchsten Verluste aller Bundesländer auf. Gleichzeitig sind die Stimmanteile der CSU überdurchschnittlich gestiegen. Dies alles zeigt, daß die bayerische SPD am 3. Oktober 1976 eine empfindliche Niederlage erlitten hat.

Die bayerischen Sozialdemokraten werden die Ursachen der Niederlage untersuchen und sodann daraus die notwendigen Schlußfolgerungen ziehen. Das soll nach gründlicher Diskussion in den örtlichen Gliederungen auf den Bezirksparteitagen und im Sommer 1977 auf einem Landesparteitag geschehen. Eine vom Landesvorstand gebildete Arbeitsgruppe unter Vorsitz des stellv. Vorsitzenden Dr. Dieter Haack MdB wird dazu eine Beratungsgrundlage liefern.

Schon jetzt hat der Landesvorstand jedoch folgende vorläufige Feststellungen getroffen:

- Die bayerischen Ergebnisse weisen erhebliche Unterschiede auf. Gebieten, die sich im Rahmen der allgemeinen Bundesentwicklung halten, stehen andere Gebiete gegenüber, die vollständig aus dem Rahmen fallen. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Bundestagswahl 1969 macht das besonders deutlich. Danach haben die Regierungsbezirke Mittelfranken, Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken gegenüber 1969 sogar Zunahmen erzielt.

- Ein Gebiet, das völlig aus dem Rahmen fällt, ist vor allem die Region München. Hier beträgt die Abnahme gegenüber 1969 in der Landeshauptstadt 8,3 vH, im Landkreis München sogar 9,4 vH. Die Folgen einer jahrelangen Fehlentwicklung der Partei in München lassen sich eben nicht in wenigen Monaten korrigieren. Der Landesvorstand hat deshalb bekräftigt, daß die Bemühungen, den Grundsätzen der Einigungspapiere Geltung zu verschaffen, weiterhin die volle Unterstützung der gesamten Partei besitzen und benötigen.

- Die CSU hat sowohl den Staatsapparat als auch eine Vielzahl von Verbänden in skrupelloser Weise in den Dienst ihrer Wahlkampagne gestellt. Der von ihr gegen die SPD und die Gewerkschaften erhobene Vorwurf der Filzokzation erscheint auf diesem Hintergrund als geradezu heuchlerisch.

So unerfreulich der 3. Oktober 1976 auch war: Zur Resignation besteht für die bayerischen Sozialdemokraten kein Anlaß. Das Landestreffen in Nürnberg - mit über 45.000 Teilnehmern die größte Veranstaltung des gesamten Bundestagswahlkampfes - hat gezeigt, welche Kräfte die bayerische SPD zu mobilisieren vermag. Wenn diese Kräfte auf die konkreten Aufgaben gelenkt und zur selbstbewußten Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner genützt werden, sind für die SPD auch in Bayern neue Erfolge möglich.

(-/8.10.1976/vq/pr/ee)

+ + +

Eine Ermutigung für die SPD

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein und seine Folgen

Von Klaus Matthiesen MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein
und Mitglied des SPD-Vorstandes

Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein bringt für die SPD eine große Ermutigung. Es zeigt, daß das Landtagswahlergebnis vom vergangenen Jahr kein Zufall war, und daß das sozialliberale Wählerpotential im nördlichsten Bundesland größer und stabiler ist als anderswo. Für Schleswig-Holstein bleibt festzuhalten:

- Zusammen mit dem Saarland hat die SPD in Schleswig-Holstein am besten abgeschnitten; wie schon bei der Landtagswahl 1975 haben wir unterdurchschnittliche Verluste. Die SPD bleibt in Schleswig-Holstein bei Bundestagswahlen die stärkste Partei.

- Die CDU in Schleswig-Holstein hat, verglichen mit allen anderen Bundesländern, den niedrigsten Zugewinn. Nach der Landtagswahl, bei der sich die CDU nur knapp die absolute Mehrheit sichern konnte, ist dies die zweite politische und persönliche Schlappe für Dr. Gerhard Stoltenberg innerhalb weniger Monate.

- Berücksichtigt man bei dem jetzigen Wahlergebnis die dänische Minderheit, die bei Bundestagswahlen nicht kandidiert, so verbleibt für die SPD und FDP zusammen im nördlichsten Bundesland noch ein Wählerpotential von rund 53 vH.

Diesem guten Gesamtergebnis entsprechen beachtliche und erstaunliche Einzelergebnisse. Ich will nur drei herausgreifen. Der Kieler Bundestagsabg. Norbert Gensel erreichte mit nur 0,9 vH Verluste in der Landeshauptstadt eines der besten Wahlergebnisse im Bundesgebiet. Die junge Diplomvolkswirtin Heide Simonis gewann auf Anhieb ihren ländlich strukturierten Wahlkreis Rendsburg-Eckernförde direkt gegen den CDU-Agrarexperten Karl Eigen; es ist dies der Wahlkreis, in dem Dr. Gerhard Stoltenberg früher für den Bundestag gewählt wurde. Schließlich, aber nicht zuletzt, konnte der

Spitzenkandidat, Bundesminister Egon Bahr, seinen neu geschnittenen Wahlkreis 1 - er ist territorial größer als das Saarland - direkt gewinnen.

Damit sind die Ausgangspositionen für die Kommunal- und Landtagswahl in Schleswig-Holstein 1978 und 1979 markiert. Sie berechtigen zu Hoffnung - zu mehr nicht. Denn niemand soll sich täuschen: Regionale Wahlen sind ganz wesentlich vom Bundestrend abhängig. Der Bundestrend aber stellt sich bei Kommunal- und Landtagswahlen regelmäßig anders dar als bei Bundestagswahlen. Beispiele gibt es in den vergangenen zwei Jahren genug. Die jeweilige politische Großwetterlage ist und bleibt bestimmend für regionale Wahlergebnisse.

Was den Bundestrend der nächsten Jahre angeht, so kann eine Gefahr darin liegen, daß zwischen dem politisch Notwendigen und dem machtpolitisch Durchsetzbaren eine breite Lücke klaffen wird. Die Weltwirtschaftskrise ist noch nicht gemeldet, der Bundesrat wird auch nicht regierungsfreundlicher, und die zahlenmäßige parlamentarische Machtbasis der sozialliberalen Koalition ist kleiner geworden. Auf der anderen Seite sind wir konfrontiert mit großen Problemen. Die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit und Ausbildung für alle, die finanzielle Absicherung sozialstaatlicher Leistungen, die Reform des Gesundheitswesens und die Begrenzung der Umweltzerstörung, die Verhinderung der Bürokratisierung, der Ausbau von Selbstbestimmung und Liberalität, der Ausgleich zwischen armen und reichen Nationen, das alles duldet keinen Aufschub.

Aus dem Aufgabenberg und aus dem Interesse beider Reformparteien ergibt sich der Zwang zur Renaissance politischer Moral und die Verpflichtung zu einer neuen Reformphase. Faszination wächst der sozialliberalen Koalition nur zu, wenn sie eine neue Reformphase unter veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen einleitet und für sie moralisch und politisch zeichnet. Die große Aufgabe von SPD und FDP besteht also darin, gerade in einer Zeit des vermeintlichen oder wirklichen konservativen "roll backs" den konsequenten reformpolitischen Weg geläufig, ideologisch und machtpolitisch offenzuhalten und daß wieder freizuschaukeln, wo er verschüttet wurde. Nur so wird Offensive wieder möglich.

Die Sozialdemokraten müssen aber auch um die Bedeutung des Bundestrends für den jeweiligen Landeserfolg wissen. Die Bonner Sozialdemokraten müssen erkennen, daß es nur in wenigen Ländern realistische Chancen gibt, über Wahlerfolge dort die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu verändern. Die Vorbereitungen für die Kommunal- und Landtagswahl in diesem Sinne beginnen in Schleswig-Holstein morgen.

(-/8.10.1976/vs/pr/ee)

Der Amtsschimmel vor dem Eigenheim

Bürokratische Hürden im Baugenehmigungsverfahren müssen beseitigt werden

Von Karl Ravens MdB

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Jeder Bauwillige wird sich zwangsläufig mit ihnen beschäftigen müssen: mit den bürokratischen Hürden im Baugenehmigungsverfahren. Die Kritik an langwierigen Genehmigungsverfahren wird immer lauter, immer drängender. Für die Bundesregierung ist dieses Problem nichts Neues. Das Ärgernis ist mittlerweile unübersehbar geworden und längst Gegenstand von zahlreichen Verhandlungen mit den Ländern.

Die Möglichkeiten der Bundesregierung, Einfluß auf eine Reform des Genehmigungsverfahrens zu nehmen, sind gering, weil die alleinige Kompetenz bei den Ländern liegt und bei der Durchführung auch den Gemeinden zufällt. Diese Konstellation läßt den Bund zu einem Bittsteller in Sachen schnellere und unkompliziertere Baugenehmigung werden. Da diese Sachlage beim Bürger weithin unbekannt ist und in der Öffentlichkeit immer wieder eine weitreichende Einwirkungsmöglichkeit des Bundes angenommen wird, nimmt die Zahl der Beschwerden aufgebracht Bauwilliger in meinem Ministerium ständig zu.

Im wesentlichen wird die angeblich zu geringe Arbeitslust der öffentlich-Bediensteten in den Bauämtern und die "Unsinnigkeit" der einschlägigen Verfahrensvorschriften kritisiert. Daß diese pauschale Attacke auf die Bediensteten in den zuständigen Verwaltungen in nahezu allen Fällen unangebracht war, gehört ebenso hervorgehoben, wie die Berechtigung von Vorwürfen gegen bestimmte Vorschriften und deren praktische Durchführung. Zwar muß die Aufgabe des Baugenehmigungsverfahrens, die Sicherstellung öffentlicher Belange, gewährleistet bleiben. Doch bieten sich trotzdem eine Vielzahl von Änderungsmöglichkeiten des Genehmigungsverfahrens im Sinne einer tatsächlichen Reform an.

Der von den Ländern gebildete Arbeitskreis "Baupflicht der Zukunft", an dem die Bundesregierung über das Bundesbauministerium beteiligt ist,

beschäftigt sich auf fachlicher Ebene umfassend mit allen einschlägigen Grundsatzreformen. Die unterschiedliche Beurteilung der Problematik in den einzelnen Ländern und die verschiedenen Interessenlagen erschweren aber leider eine Einigung außerordentlich. Mehr als die Bereitschaft zum fachlichen Gedankenaustausch, mit dem Ziel, das Baugenehmigungsverfahren zu vereinfachen, ist bisher nicht erreicht worden. Dies ist zu wenig. Zweierlei muß bei den künftigen Beratungen stärker als bisher als Ziel dargestellt werden:

- Die Bürger in unserem Staat dürfen nach einem meistenteils jahrelangen Sparvorgang nicht durch unverträglich lange und komplizierte Genehmigungsverfahren zusätzlich finanziell belastet werden.

- Die Sicherung der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft darf nicht durch bürokratische und überkommene Vorschriften gefährdet werden.

Es ist nicht einsehbar, warum es nicht möglich sein soll, eine Reform des Baugenehmigungsverfahrens unter Berücksichtigung der tatsächlich notwendigen fachlichen Gesichtspunkte in einem für die Bürger angemessenen Zeitraum zu realisieren. Wer sich allerdings in dem Streit um "Zentimeter" bei der Grenzbebauung vertieft, wird leicht das dringend erforderliche Ziel einer praxisingerechten Neuregelung des Genehmigungsverfahrens aus den Augen verlieren.

(-/B. 10. 1976/va/pr/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller